

**Rede zur Kaufentscheidung des Kreishauses von Konrad Reichert,
Fraktionsvorsitzender der FDP-Kreistagsfraktion vom 31.08.2026**

Sehr geehrter Herr Landrat,
meine Damen und Herren,

mit der heutigen Entscheidung zum Kreishaus folgt man am Ende auch einem Vorschlag von Ralf Marohn aus dem Landratswahlkampf.

Er hatte damals vorgerechnet, dass es für den Kreis günstiger sein könnte, selbst zu bauen, statt langfristig zu mieten.

Dafür wurde er vom früheren Landrat noch eher belächelt, wenn nicht sogar verspottet.

Es war doch so:

Über ein neues Kreishaus wird schon seit vielen Jahren gesprochen, gerechnet, verglichen

Mehrere Jahre lang wurde ein Mietmodell verfolgt.

Ein Investor sollte das Gebäude übernehmen.

Der Kreis sollte es anschließend langfristig mieten.

Dem früheren Landrat wurde im Laufe der Zeit zweimal durch einen Beschluss des Kreistages die Genehmigung erteilt, entsprechende Mietverhandlungen zu führen.

Dann wurde der Kreistag im März 2026 darüber informiert, dass sich trotz der jahrelangen Vorarbeit **kein** Investor gefunden hatte.

Das war ein Paukenschlag.

Ob das nun schlecht war, ob man dafür vielleicht sogar dankbar sein sollte oder ob es am Ende gar nicht so ungelegen kam oder vielleicht sogar gesteuert war – das kann jeder für sich selbst beurteilen.

Alter Landrat -Neuer Landrat

Danach ging jedenfalls alles bemerkenswert schnell.
Innerhalb weniger Monate hat die Kreisverwaltung gemeinsam mit juristischer Unterstützung ein vollständiges Kaufmodell ausgearbeitet.
Am 18. August erhielten wir die umfangreichen Unterlagen für den Ankauf eines Neubaus. Und heute, am 31. August 2026, sollen wir bereits darüber entscheiden.
Diese Geschwindigkeit ist beeindruckend. Sie wirkt fast ein wenig surreal.
Ich wünsche mir, dass diese Geschwindigkeit künftig auch die Messlatte -also die Benchmark- bei Angelegenheiten unserer Bürgerinnen und Bürger ist.
Denn das Verfahren zeigt: Wenn ein Vorhaben vom Landrat mit Nachdruck verfolgt wird, kann die Kreisverwaltung in sehr kurzer Zeit sehr viel bewegen.
Nun lassen wir also ein neues Kreishaus bauen.
Der Kaufpreis beträgt 80,9 Millionen Euro.
Das wirkt zunächst günstiger als das Mietmodell.
Hinzu kommen aber möglicherweise rund sieben Millionen Euro für die Parkplätze sowie weitere Kosten, zum Beispiel für das Inventar.
Am Ende sprechen wir also über rund 90 Millionen Euro – vielleicht auch noch etwas mehr.
Die Kosten für die Parkplätze hatte man wohl zunächst nicht in dieser Größenordnung auf dem Radar.
Eine abschließende Wirtschaftlichkeitsprüfung zum Vergleich zwischen dem Neubau und dem Verbleib im alten Kreishaus steht noch aus.
Sie wurde zwar bereits beauftragt, liegt uns heute aber noch nicht vor.
Ich gehe davon aus, dass darin auch die Kosten für das Parkhaus vollständig berücksichtigt werden.

Trotzdem sollen wir bereits heute über den Kauf entscheiden.
Aus unserer Sicht ist das die falsche Reihenfolge.
Man sollte nicht zuerst kaufen und sich anschließend bestätigen lassen, dass der Kauf wirtschaftlicher ist als die Sanierung des alten Kreishauses ist.
Was, wenn die Prüfung am Ende zu einem anderen Ergebnis kommt?
Sehr geehrter Herr Landrat
Ein neues Kreishaus ist wichtig.
Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kreisverwaltung brauchen ein modernes und vernünftiges Arbeitsumfeld.
Wir müssen aber genauso die Folgen für die Kommunen wegen der drohenden Kreisumlagenenerhöhung und damit für die Steuerzahler im Blick behalten.
Deshalb hat die FDP-Fraktion bereits im März 2026 beantragt, die finanziellen Auswirkungen der anstehenden Investitionen transparent darzustellen.
Dabei ging es auch um die Frage, welche Folgen diese Belastungen für die freiwilligen Leistungen des Kreises haben könnten.
z.B. weißt der Landrat dieser Tage in einem RHEINPFALZ Artikel ja darauf hin, dass unsere Schwimmbäder freiwillige Leistungen sind. Der Zuschussbedarf beträgt 4,7 Mio. Euro.
Und wir alle wissen, ist ein Kreishaushalt unausgeglichen muss bei den freiwilligen Leistungen gespart werden.
Unser Antrag wurde von der Mehrheit des Kreistages leider abgelehnt.
Nun müssen wir über den Neubau entscheiden, obwohl genau diese wichtigen Informationen weiterhin fehlen.

Zwar sollen rund 38 Millionen Euro aus dem Sondervermögen eingesetzt werden. Dieses Geld muss dann nicht über Kredite finanziert werden. Dadurch rechnet sich die Belastung aus dem Kreishaus zunächst günstiger.

Das Sondervermögen ist aber nicht der Rettungsanker für das Kreishaus.

Wenn wir dieses Geld für das Kreishaus einsetzen, steht es für andere Projekte nicht mehr zur Verfügung.

Andere Vorhaben, für die wir das Sondervermögen ebenfalls hätten einsetzen können, müssen dann vollständig auf andere Weise finanziert werden.

Die Belastung verschwindet also nicht. Sie wird nur auf andere Projekte verschoben.

Rechte Tasche, linke Tasche.

Und genau hier liegt das Problem.

Neben den rund 90 Millionen Euro für das Kreishaus und das Parkhaus sind ab 2027 weitere Großprojekte lt Investitionsplan von insgesamt etwa 162 Millionen Euro geplant.

Dazu gehört zum Beispiel, Herr Christ, die geplante Berufsbildende Schule in Böhl-Iggelheim mit einem Investitionsvolumen von rund 57 Millionen Euro.

Zusammen mit dem Kreishaus sprechen wir damit bereits über Investitionen von mehr als 250 Millionen Euro.

Deshalb stellt sich die Frage:

Können alle diese Projekte gleichzeitig finanziert werden?

Oder muss dafür die Kreisumlage deutlich erhöht werden?

Eine höhere Kreisumlage belastet wiederum die Haushalte der Stadt Schifferstadt und der Kreisgemeinden. Und am Ende kommt diese Belastung bei den Bürgerinnen und Bürgern als Steuerzahler an.

Wir müssen deshalb wissen:
Welche jährlichen Belastungen entstehen aus der Summe aller geplanten Baumaßnahmen und Investitionen?
Und wie sollen diese Belastungen finanziell bewältigt werden?
Genau deshalb haben wir erneut einen Antrag zur Haushaltsberatung gestellt, der aber erst auf der nächsten Kreistagssitzung auf die Tagesordnung kommt.
Sehr geehrter Herr Landrat,
die FDP-Fraktion wird dem Bau des Kreishauses trotz der offenen Fragen und der möglichen Steine, die noch im Weg liegen, zustimmen.
Denn der Kreis braucht eine vernünftige Lösung für seine Verwaltung.
Unsere Zustimmung ändert aber nichts an unserer Forderung:
Alle Kosten und alle langfristigen finanziellen Folgen müssen offen auf den Tisch.
Nur dann wissen wir, was diese Entscheidung am Ende für den Kreis, für unsere Kommunen und für die Bürgerinnen und Bürger tatsächlich an Belastung bedeutet.
Herzlichen Dank!